

Kgl. Bibliothek  
Balm

# Deutsch-Ostafrikanische Zeitung.

Mit den Gratisbeilagen:

„Amtliche Anzeigen für Deutsch-Ostafrika“ und „Der Ostafrikanische Pflanzer.“

Publikationsorgan der Wirtschaftlichen Vereinigung von Darassalam und Hinterland, des Landwirtschaftlichen Vereins, des Wirtschaftlichen Vereins Uindi und des Wirtschaftlichen Verbandes Rufiji.

Darassalam  
1. Novemb. 1911.

Erachtet  
zweimal  
wöchentlich.

### Zeugungspreis:

für Darassalam vierteljährlich 4 Mk., für die übrigen Teile Deutsch Ostafrikas vierteljährlich einschließlich Porto 5 Mk. Für Deutschland und sämtliche deutsche Kolonien vierteljährlich 6 Mk. Für sämtliche übrigen Länder halbjährlich 11 Mk. — „Amtliche Anzeigen für Deutsch-Ostafrika“, alleinst. bezogen, jährlich 4 Mk. 50 Heller = 6 Mk. — „Der Ostafrikanische Pflanzer“, 11 wöchentlich erscheinende Zeitschrift für tropische Agrikultur und koloniale Volkswirtschaft, bei Einzelbezug jährlich 7 Mk. 50 Heller = 10 Mk. postfrei. — Bestellungen auf die D.-O.-A. Zeitung und ihre Nebenblätter werden sowohl von den Geschäftsstellen in Darassalam (D.-O.-A.) und Berlin, wie von sämtlichen deutschen und österreichisch-ungarischen Konsulaten entgegengenommen.

### Anzeigengebühren:

für die 6 gepaltene Zeilen 35 Heller = 50 Pf. Mindestsatz für eine einmalige Anzeige 2 Mk. 3 Pf. Für Anzeigenanfänger sowie größere Anzeigenaufträge tritt eine entsprechende Preisermäßigung ein.

Anzeigen nehmen die Geschäftsstellen in Darassalam und Berlin, sowie sämtliche größeren Annoncen-Expeditionen entgegen.

Print und Verlag: Deutsch-Ostafrikanische Zeitung, Gesellschaft m. b. H. in Berlin 230 11, Kaiserplatz 9 (Telegraphen-Anstalt, Deutsche Bank, Berlin, Fernsprecher: Amt Leipzig, 8675, Postfachverleiher: Berlin 123 7, Nr. 11 600 und Darassalam. (Telegraphen-Anstalt, Zeitung Darassalam).

Jahr-  
gang XIII.

No. 87.

## Berliner Telegramme.

### Eine Neußerung des Kaisers über den Islam.

Eine tendenziöse Meldung Berliner Blätter legte dem Kaiser Neußerungen über den Islam in den Mund, die dieser bei einem Empfang des deutsch-ostafrikanischen Bischofs Münch getan haben sollte. Demgegenüber stellt das offiziöse Wolffsche Bureau fest, daß der Kaiser nicht davon gesprochen hat, daß der Islam eine Gefahr für die deutschen Kolonien werden könne. Vielmehr wurde seitens des Kaisers nur auf das zielbewußte Vorgehen des Islam hingewiesen und dabei die Erwartung betont, daß auch die deutschen Missionare es nicht an ebenso einmütiger wie fleißiger Arbeit fehlen lassen würden.

### Reichstagsnachwahl in Konstanz.

Berlin, 31. Okt. (W. L.). In der heute stattgefundenen Reichstagsnachwahl in Konstanz ging der Liberale aus dem Wahlkampfe als Sieger über den Zentrumskandidaten hervor.

### Italienische Verluste in Tripolis.

Berlin, 31. Okt. (W. L.). Nach Mitteilung des italienischen Oberkommandos betragen die Verluste der Italiener in den Gefechten vom 23. 10. bis 26. 10. 13 Offiziere 369 Mann tot, 16 Offiziere 142 Mann verwundet.

### Verfassung in China.

Berlin, 31. Okt. (W. L.). Ein in Peking veröffentlichtes kaiserliches Edikt verspricht die Einführung der Verfassung, die Einsetzung eines neuen Kabinetts und eine allgemeine Amnestie.

### Fortschritte der Revolution in China.

Berlin, 31. Okt. (W. L.). Auch in Canton wurde die Republik proklamiert.

## Die wirtschaftlichen Ziele der deutschen Kolonialpolitik.

Die „Ständige wirtschaftliche Kommission der Kolonialverwaltung“, die als Ersatz des früheren von Dernburg aufgelösten Kolonialrates anzusehen ist, hat ihre erste Tagung vollendet. Sie wird einer Veröffentlichung des Reichskanzlers im Reichsanzeiger zufolge zusammengerufen zur Begutachtung wirtschaftlicher Fragen der deutschen Schutzgebiete. Ueber ihre Zusammensetzung, Tagungsdauer, ihren Geschäftsbereich, u. s. w. lesen wir an derselben Stelle:

Vorsitzender ist der Staatssekretär des Reichskolonialamts. Die Mitglieder werden vom Staatssekretär des Reichskolonialamts aus den Kreisen der Sachverständigen berufen, wobei ihm vorbehalten bleibt, wirtschaftliche Körperschaften und Vereine zu Berufungen auszufordern. Die Mitgliedschaft in der Kommission ist ein Ehrenamt, Auswärtige Mitglieder erhalten für die Teilnahme an den Sitzungen eine Entschädigung nach Maßgabe besonderer Festsetzungen. Die Ernennung der Mitglieder erfolgt für je eine Sitzungsperiode der Kommission. Die Zeitdauer dieser Periode beträgt drei Jahre. Die Kommission ist von dem Vorsitzenden unter Mitteilung der Tagesordnung zu berufen, so oft ein Bedürfnis vorliegt, mindestens jedoch einmal im Jahre. Zur Herbeiführung einer gültigen Beschlussfassung ist die Anwesenheit von mindestens fünf Mitgliedern einschließlich des Vorsitzenden erforderlich. Auf Anordnung des Staatssekretärs des Reichskolonialamts können an den Sitzungen der Kommission Beamte des Reichskolonialamts sowie Vertreter anderer Behörden ohne Stimm-

recht teilnehmen. Ebenso ist der Staatssekretär des Reichskolonialamts befugt, zu den Beratungen über einzelne Gegenstände der Tagesordnung nicht stimmberechtigte Sachverständige hinzuzuziehen. Diesen wird eine jedesmal vom Staatssekretär des Reichskolonialamts besonders festzusetzende Vergütung gewährt.

Die Kommission trat zu ihrer ersten Sitzung zusammen am 28. v. M. Das Ereignis ihrer diesjährigen Tagung war zweifellos die programmatische Rede, mit welcher der Staatssekretär des Reichskolonialamts Excellenz v. Lindequist die erste Sitzung eröffnete. Sie ist im Wesentlichen ein mehr in die Einzelheiten gehender Ausbau der ersten allgemeinen Rede des Staatssekretärs im Reichstag, in welcher er die Entwicklung aller deutschen überseeischen Besitzungen unter besonderer Berücksichtigung des Weltmarktes zu seinem Programm erhob. Der Weg, der zu dem erstrebenswerten Ziele führen soll, den heimischen Markt mehr und mehr unabhängig vom Auslande zu machen.

Eine ausführliche Inhaltsangabe der Rede finden unsere Leser in der heutigen Beilage. Uns Ostafrikaner interessieren in dieser Rede besonders die Stellen über die Schaffung guter Verkehrsmittel, über die Baumwollfrage, den Kautschuk, Sisalhanfexport, über Tabak und Kaffee, und nicht zuletzt das, was der Staatssekretär über „Monopolartige Rechte“ sagt. Wir vermiffen da allerdings neben der Versicherung, daß in Zukunft derartige Rechte nicht mehr verliehen werden sollen, eine Neußerung über die zu erstrebende Ablösung der vielen in den Kolonien noch bestehenden, die gedeihliche Entwicklung zweifellos oft hindernden Sonderrechte.

Die Rede hat eine wohlverdiente Beachtung und beifällige Besprechung in der heimischen Presse gefunden, nur der „Vorwärts“ beschimpft den Staatssekretär in seiner üblichen Art und wirft Excellenz von Lindequist bewußte Fälschung vor, indem er selbst nicht davor zurückscheut, auf die Kritiklosigkeit seiner Leser vertrauend, durch Unterchiebung veralteter Zahlen eben bei diesen Lesern ein falsches Bild zu erwecken. Eine derartige Invektive von dieser Seite kann unseres Erachtens aber nur ehrenvoll für den Staatssekretär des Reichskolonialamtes sein. Wenn die Sozialdemokratie sich zu Verteidigern des von ihm ausgesprochenen Programms aufwirft, würde uns das eher stutzig machen.

Aber nicht nur eine theoretisch beifällige Aufnahme in der Presse hat die Rede zu verzeichnen, auch ein sichtbarer, im Kurzzettel sichtbarer praktischer Erfolg war ihr beschieden, der deutlicher als alles andere dafür spricht, daß der Staatssekretär mit seiner Auffassung über die wirtschaftlichen Ziele der Kolonialpolitik sich auf dem richtigen Wege befindet. Wir zitieren dazu eine Borsennotiz des Berliner Tageblattes überschrieben:

### Politik und Kolonialwerte.

Der einzige Markt, der sich heute an der Berliner Fondsbörse der lauen Haltung infolge der Tripolisaffäre entziehen konnte, war der Markt der Kolonialwerte. Wenn auch das Geschäft in Kolonialwerten nicht besonders lebhaft war, so ließ sich doch eine bemerkenswerte Widerstandsfähigkeit konstatieren. Diese war darauf zurückzuführen, daß die Rede, die der Staatssekretär des Reichskolonialamts v. Lindequist gestern zur Eröffnung der wirtschaftlichen Kommission der Kolonialverwaltung hielt, auf die Interessenten einen sehr günstigen Eindruck gemacht hatte. Es wurde namentlich auf die Konstatierung des wirtschaftlichen Fortschritts in den Kolonien hingewiesen und es wurde namentlich freudig begrüßt, daß sich der wirtschaftliche Betrag auch mit der Frage der Bekämpfung der unsoliden kolonialen Gründungen beschäftigen wird. Von einer Unterdrückung dieser unsoliden Gründungen verspricht man sich in hiesigen Fachkreisen für die Zukunft eine Befreiung der Beziehungen zwischen heimischem Kapital und den Schutzgebieten. Infolgedessen hielten sich am heutigen Markte die Abgeber zurück, die Kurve konnten meist ihr gestriges Niveau behaupten.

Diese Vorgänge geben uns die Hoffnung, daß die Arbeit der „Ständigen wirtschaftlichen Kommission der Kolonialverwaltung“, deren Einberufung anfangs wohl mancher mit skeptischem Lächeln vernahm, zu einer für die wirtschaftliche Entwicklung unserer Kolonien ersprießlichen werden kann, und voraussichtlich sicher werden wird, wenn in die Kommission dauernd Männer

der Praxis, auch der kolonialen Praxis, einberufen werden, und ihr Gutachten nicht ungehört verhallt.

Die Kommission erledigte in dieser Tagung den ersten Punkt der Tagesordnung: „Aufgaben der Kreditorganisation in den Schutzgebieten mit besonderer Berücksichtigung von Südwestafrika“. Als Ergebnis dieser Verhandlungen konnte festgestellt werden, daß in der Kommission Einigkeit über die grundsätzlichen Fragen herrschte, wobei allgemein anerkannt wurde, daß ein dringendes Bedürfnis vorliegt, den Farmern in Südwestafrika Kredit zu verschaffen. Ebenso wurden die Bestrebungen nach Organisation des Kredits in unserem Ostafrika und in Samoa eingehend gewürdigt. Seitens der Kommission wurde ganz besonderer Wert darauf gelegt, daß die Regelung der Kreditfrage auf dem Wege genossenschaftlicher Organisation erfolge.

Der ebenfalls für die gedeihliche Entwicklung des Wirtschaftslebens unserer Kolonien außerordentlich wichtige Punkt 2 der Tagesordnung betreffend „Maßnahmen gegen Mißstände bei der Gründung kolonialer Unternehmungen“ wurde zunächst einer Subkommission überwiesen. Es ist nun dringend zu wünschen, daß die Protokolle über die Verhandlungen in der Kommission seitens des Reichskolonialamts der breitesten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden, denn wir haben allen Grund zur Annahme, daß sich aus ihnen eine Fülle von Anregungen und dankenswerter Fingerzeige für alle an der wirtschaftlichen Entwicklung unserer Kolonien interessierten Kreise ergeben wird. Dr. Z.

## Die wissenschaftliche Expedition des Herzogs Adolf Friedrich und der Wert des französischen Kongo.

Nachdem Herzog Adolf Friedrich schon im August dieses Jahres von seiner dritten Expedition nach Berlin zurückgekehrt ist, befindet sich nun auch Oberleutnant von Wiese und Kaiserswaldau auf der Heimreise. Wie wohl errinnerlich, zwangen ungünstige Verhältnisse im Hinterland des Tschad-Sees seinerzeit die Expedition zur Aufgabe des ursprünglichen Reiseplanes und zur Trennung in zwei voneinander gesondert arbeitende Gruppen. Die Führung der zweiten Gruppe war Oberleutnant von Wiese und Kaiserswaldau anvertraut. Herr von Wiese hat nun auf seiner Rückreise in Kattum einem Interviewer der Sudan-Times Rede und Antwort gestanden und wir entnehmen diesem Interview folgende interessante Ausführungen:

Die dritte wissenschaftliche Expedition des Herzogs Adolf Friedrich wurde etwa vor 15 Monaten angetreten. Ihre Aufgabe war, das französische Gebiet im Hinterland von Kamerun zu erforschen. Die Expedition ging aus von der Kongomündung, folgte dem Ubangi aufwärts bis zum Scharl, dann diesem entlang zum Tschadsee. Vom Tschad sollte die Expedition sich ostwärts wenden, um durch Wadai und Darfur zum Nil zu gelangen. Aber dieser ursprüngliche Plan konnte nicht zur Ausführung gebracht werden. Bei ihrer Ankunft am Tschad erfuhr sie Näheres über den Zusammenstoß der Kolonne des Obersten Moll mit den Streitkräften von Dudmurrah, in welchem der Führer der französischen Truppen sein Leben verlor. Es wurde ihnen jerner mitgeteilt, daß die Franzosen eine militärische Expedition gegen den Sultan von Abde vorbereiteten. Die unsichere Lage von Wadai und Dar Nil ließ außerdem ihre Reise durch diese Gebiete nicht ratsam erscheinen. Die französischen Behörden konnten ihnen daher nicht erlauben, diesen Weg einzuschlagen, da sie sich außer Stande sahen, die Verantwortung für die Sicherheit der Reisenden zu übernehmen.

Der Expeditionsplan mußte daher geändert werden. Die Expedition wurde in 2 Abteilungen geteilt. Die eine unter der persönlichen Führung des Herzogs hielt sich etwa 4 Monate zu Forschungszwecken in der Nähe des Tschadsees auf und erforschte die dortigen Sultanate, vor allen Dingen Bornu und Baghirmi. Sie ging dann durch Kamerun nach Lolofa in Britisch-Nigeria, von wo sie nach Hause zurückkehrte.

Herrn von Wiese und Dr. Schubert wurde es überlassen, den interessanteren Teil der Reise zu vollenden, nachdem vorher Herr Roemer infolge von Schwarzwasserfieber zur Aufgabe der Reise gezwungen worden war. Die Aufgabe dieses Teiles der Expedition war, nach Rückkehr an den Ubangi ostwärts durch Bahrel-Gagal und Lado den Nil zu erreichen. Herr von Wiese und Dr. Schubert gingen also an den Ubangi zurück, erforschten beide Ufer bis nach Jaloma, dort trennten sie sich und Professor Schu-